



18.4261

**Motion Grossen Jürg.
Klimaschädliche Fahrzeuge
und Maschinen auf Bauernhöfen
nicht weiter subventionieren****Motion Grossen Jürg.
Mettre fin aux subventions
pour les engins agricoles
qui mettent en péril le climat**

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 17.12.20

Grossen Jürg (GL, BE): Der Mechanismus zur Rückerstattung der Mineralölsteuer an die Landwirtschaft ist veraltet. Dies bestätigt sowohl die Eidgenössische Finanzkontrolle in ihrem Bericht vom 3. Mai 2018 wie auch der Bundesrat in seiner Antwort auf die vorliegende Motion. Rund 65 Millionen Franken fliessen jährlich über diesen veralteten Mechanismus als zusätzliche Subvention an die Landwirtschaftsbetriebe zurück. Die Rückerstattung der Mineralölsteuer ist in Hinblick auf das Ziel des Bundesrates und das Ziel des Klimaabkommens von Paris mit netto null CO₂ bis 2050 grundsätzlich nicht mehr opportun. Deshalb wird mit dem CO₂-Gesetz beispielsweise die Rückerstattung der Mineralölsteuer für Verkehrsträger im öffentlichen Verkehr abgeschafft. Es kommt dazu, dass die Rückerstattung im Widerspruch zum Subventionsgesetz und zu den internationalen Verpflichtungen der Schweiz im Bereich des Klimaschutzes steht.

In seiner Antwort hat der Bundesrat signalisiert, dass er sich eine Abschaffung des bestehenden Systems vorstellen könnte; er hat auch auf die Agrarpolitik nach der Agrarpolitik 2022 plus verwiesen. Ich wiederum verweise bei dieser Gelegenheit gerne auf die aktuelle Blockade in der Landwirtschaftspolitik. Mit der aktuellen Agrarpolitik werden die Umweltziele verfehlt, die Biodiversität wird laufend reduziert, und es wird viel zu wenig für die Einhaltung der Klimaziele geleistet. Die Agrarpolitik 2022 plus wurde mittlerweile, wir wissen es alle, sogar im Ständerat sistierte. Die Landwirtschaftslobby wehrt sich mit Händen und Füßen gegen jede zielführende Weiterentwicklung.

Ich lade Sie deshalb ein, diesen Vorstoss anzunehmen. Den Bundesrat lade ich ein, eine Gesetzesänderung vorzulegen, mit welcher die Rückerstattung der Mineralölsteuer an die Landwirtschaft abgeschafft wird. Ich hoffe auf einen Vorschlag des Bundesrates, wie wir dieses Ziel in absehbarer Zeit erreichen können.

Maurer Ueli, Bundesrat: Ich bitte Sie, diesen Vorstoss abzulehnen. Der Bundesrat teilt grundsätzlich die Stossrichtung. Wir können und wollen hier eine Umlagerung vornehmen. Wir sehen aber die Dringlichkeit nicht ganz. Wenn man die Details analysiert, wird es immer kompliziert, und entsprechend wächst der Widerstand. Im Moment hat die Rückerstattung der Mineralölsteuer an die Landwirtschaft auch einen gewissen Spareffekt: Die Mineralölsteuer wird nicht für die gesamte Treibstoffmenge, die die Bauern verbrauchen, zurückerstattet, sondern für eine plafonierte Menge, die an die Fläche gebunden ist. Das jetzige System zwingt die Bauern eigentlich, die Treibstoffmenge sorgfältig einzusetzen, weil sonst die Mineralölsteuer nicht rückerstattet wird. Diese Limite haben wir im Moment. Wenn wir die Rückerstattung der Mineralölsteuer abschaffen, dann müsste dieser Betrag wohl auf die Direktzahlungen umgelagert werden, da er für die Bauern einen wesentlichen Bestandteil darstellt. Diese Umlagerung macht uns noch Sorgen, da alternative Modelle – Elektrotraktoren oder was auch immer – noch nicht in genügendem Umfang zur Verfügung stehen. Wir können uns sehr wohl vorstellen, dass wir im Verlauf der nächsten Jahre hier eine Umlagerung vornehmen können.

AB 2020 N 2672 / BO 2020 N 2672

Wir glauben aber, dass wir im Moment noch keine Mehrheiten haben, um das jetzt zu machen.

Wenn Sie den Vorstoss annehmen, würden wir wohl einige Zeit brauchen, bis wir eine Lösung hätten, einfach





weil uns die Grundlagen noch fehlen. Der Widerstand gegen landwirtschaftliche Veränderungen ist ja bekannt. Wir bewegen uns in die gleiche Richtung wie Sie, das ist unbestritten. Wir versuchen in der Regel, eine Motion postwendend zu erledigen. Wenn es so lange geht wie bei der Emissionsabgabe – das haben wir gerade gehört –, dann würde in zwei, drei Generationen einmal erwähnt, dass ein Nationalrat Grossen eine Motion eingereicht habe, die man jetzt erledige. Wir würden das Anliegen eher dann aufnehmen, wenn wir es auch wirklich umsetzen können und die Eckwerte dazu sehen. Sie sind der Zeit voraus. Ich bitte Sie, den Vorstoss nicht anzunehmen. Wir nehmen das Problem ernst und werden es gelegentlich lösen.

Präsident (Aebi Andreas, Präsident): Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; 18.4261/22165)

Für Annahme der Motion ... 82 Stimmen

Dagegen ... 100 Stimmen

(3 Enthaltungen)